

Bayerischer Rundfunk
Rundfunkplatz 1 | 80335 München
Tel +49 89 5900 2176
Fax +49 89 5900 3366
pressestelle@ard.de
www.br-online.de
www.ard.de

München, 23. März 2005

Offener Brief des ARD-Vorsitzenden Prof. Dr. Thomas Gruber zu:

**„Die Rundfunkklangkörper in der Bundesrepublik Deutschland
Ein rundfunk- und medienpolitisches Grundsatz- und Thesenpapier“**
Deutsche Orchestervereinigung (DOV) vom 15. März 2005

ARD 
d. Rundfunkanstalten der
Bundesrepublik Deutschland

Bayerischer Rundfunk
Hessischer Rundfunk
Mitteldeutscher Rundfunk
Norddeutscher Rundfunk
Radio Bremen
Rundfunk Berlin-Brandenburg
Saarländischer Rundfunk
Südwestrundfunk
Westdeutscher Rundfunk Köln
Deutsche Welle

Es gibt öffentliche Debatten, bei denen ich mich in eines der Kirchweih-Karussells meiner Kindheit zurück versetzt fühle. Das Vergnügen, das ich damals an endlosen Kreisfahrten fand, will sich aber heute nicht mehr so recht einstellen. Ich gestehe deshalb, dass mich der kreisförmig-eintönige Verlauf der Diskussion um die Klangkörper des öffentlich-rechtlichen Rundfunks allmählich ermüdet.

Im Grunde haben wir es ja mit einem wenig originellen Sachverhalt zu tun, der zurzeit nahezu alle gesellschaftlichen und politischen Debatten dominiert. Man könnte ihn wie folgt auf den Punkt bringen: Offensichtlich ist, dass Geld fehlt – und allen leuchtet ein, dass eingespart werden muss. Wenn aber nun der abstrakte Sparwille konkretisiert wird, sind die Betroffenen schnell mit der Versicherung bei der Hand, dass doch die eigenen Ambitionen erstens ganz besonders wichtig und unverzichtbar, die Einsparungen zweitens sozusagen global betrachtet ohnehin nur marginal seien – weswegen man drittens doch an anderer Stelle viel schmerzloser und effizienter sparen könne.

Diesem sattsam bekannten Argumentationsmuster folgt auch der aktuelle Diskussionsbeitrag der Deutschen Orchestervereinigung (DOV), die ein „rundfunk- und medienpolitisches Grundsatz- und Thesenpapier“ verfasst zu haben meint. Man könnte es deshalb getrost und ohne allzu großen Erkenntnisverlust zu den Akten legen. Ich möchte dennoch auf einige Punkte eingehen.

Beginnen wir ausnahmsweise mit dem Schluss: Die DOV kündigt großzügig an, dass sie sich „Diskussionen über notwendige Strukturanpassungen und den daraus zu ziehenden Konsequenzen auch weiterhin nicht verschließen“ will – sofern sie „mit Sachkenntnis und gründlicher Vorbereitung“ geführt würden. Diese bei den Diskussionspartnern angemahnte Sachkenntnis und gründliche Vorbereitung findet im vorausgehenden Text aber leider nur partiell ihren Niederschlag.

Ein Großteil des „Grundsatz- und Thesenpapiers“ widmet sich der Würdigung von Leistung, Qualität und Historie der Rundfunk-Klangkörper. Dem ist in keiner Weise zu widersprechen. Allerdings wird dabei gegen eine imaginäre Position opponiert, die niemand vertritt: Die hohe Qualität und das historische Verdienst der Klangkörper wurden meines Wissens bislang von keiner Seite in Frage gestellt.

Immerhin erinnert das Papier wenigstens am Rande an die „Strukturüberlegungen einzelner Ministerpräsidenten zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Jahr 2003“. Diese Überlegungen hätten letztlich dazu geführt, dass „an verschiedenen Standorten auch Rundfunkklangkörper zur Disposition gestellt“ worden seien.

Leider sind es aber nicht nur vage „Strukturüberlegungen“ der Ministerpräsidenten (gemeint sind wohl Stoiber, Milbradt und Steinbrück) gewesen, die zur jetzigen Situation der öffentlich-rechtlichen Sender geführt haben. Vielmehr haben wir es mit dem sehr konkreten Umstand zu tun, dass sich die Rundfunkgebühren für die kommende Gebührenperiode nicht an der von einer unabhängigen Kommission (KEF) ermittelten Höhe orientieren werden, sondern von der Politik deutlich nach unten korrigiert wurden. Allein dem Bayerischen Rundfunk fehlen deshalb in den kommenden vier Jahren 54 Millionen Euro. Dass die so entstehende Finanzierungslücke keine periphere Kleinigkeit, sondern Grund und Zentrum des Problems ist, vermittelt sich dem Leser des „Grundsatz- und Thesenpapiers“ kaum. Der einzige Satz, der sich diesem Zusammenhang widmet, erweckt eher noch den Eindruck, es handle sich hier um eine haltlose und vorgeschobene Behauptung der Rundfunkanstalten.

Wirklich ärgerlich und der im Papier geforderten „Sachkenntnis und gründlichen Vorbereitung“ nun endgültig Hohn lachend, wird es aber, wenn es heißt:

„Werden Klangkörper unter der Vorgabe einer zu geringen Gebührenerhöhung in Frage gestellt, so wird dies von Öffentlichkeit und Rundfunknutzern nur als populistisches Bauernopfer empfunden, das nach außen hin schmerzhaft Einschnitte dokumentiert, nach innen aber kaum ein nachhaltiger Spareffekt erzielt werden kann.

So genannte Strukturreformen, die im Wesentlichen nur Klangkörper erfassen sollen, kostenträchtigere Bereiche der Anstalt wie Produktion und Verwaltung, Onlinedienste und Sportrechteabgeltung aber kaum berühren, laufen betriebswirtschaftlich ins Leere, schädigen jedoch Substanz, Profil und Glaubwürdigkeit des Senders nachhaltig.“

Es ist durchaus nicht leicht, in so wenigen Zeilen einen derart bunten Fächer aus Fehlinformationen, Fehldeutungen und Klischees aufzublättern. Wenn sich die Verfasser des Papiers auch nur oberflächlich informiert hätten, wäre ihnen deutlich geworden, dass zunächst einmal der Terminus „populistisches Bauernopfer“ völlig fehl am Platz ist. Mir ist unverständlich, wie in der momentanen Phase der Diskussion unverdrossen behauptet werden kann, dass die „Strukturreformen (...) im Wesentlichen nur Klangkörper erfassen sollen“. Dies wäre in der Tat kurzsichtig und wenig effektiv. Wahr ist aber, dass die ins Auge gefasste Reduktion von Klangkörpern nur eine von zahlreichen Einsparmaßnahmen ist, die alle Bereiche der ARD-Anstalten zum Teil gravierend betreffen. Nur alle Maßnahmen zusammen können uns letztlich zu jenem Ziel führen, zu dessen Erreichen wir gesetzlich verpflichtet sind – nämlich am Ende der Gebührenperiode einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Die Behauptung, dass die unumgänglichen Leistungsreduktionen „kostenträchtigere Bereiche der Anstalt (...) kaum berühren“, ist also ebenfalls in grotesker Weise falsch – und für einen Intendanten der täglich zahlreiche wenig erfreuliche Gespräche mit Betroffenen aus diesen Bereichen zu führen hat, in besonderer Weise ärgerlich.

Die selbstbewusste Einschätzung, bei den Klangkörpern handle es sich um die „kulturelle Substanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunkauftrags“, ist der Provenienz des Papiers geschuldet und deshalb legitim. Dennoch kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier ein grundsätzliches Missverständnis vorliegt. Ich formuliere es etwas salopp: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist

nicht primär Konzertveranstalter. Sein Auftrag bezieht sich in erster Linie auf die Veranstaltung und Verbreitung von Programmen. Diese Tatsache sollten wir nicht völlig aus den Augen verlieren.

Die Existenz der Rundfunk-Klangkörper verdankt sich der Gründerzeit des Rundfunks, in der die mangelhafte Qualität des Tonmitschnitts die Live-Präsenz eines Orchesters erforderlich machte. Heute sind die Beiträge der Klangkörper zum Programm eher marginal.

Ganz ohne Zweifel haben die ARD-Klangkörper immer noch eine äußerst wichtige Funktion, die sich aber weniger vom Programm her rechtfertigen lässt, sondern in erster Linie dem Kulturleben außerhalb des Programms zugute kommt. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind sich der Verpflichtung, die ihnen daraus erwächst, sehr bewusst. Wollen und Können sind aber, wie so oft, auch im Fall der Klangkörper nicht immer und ohne weiteres zur Deckung zu bringen. Wenn uns dies wenigstens annähernd gelingen soll, brauchen wir die Unterstützung (und nicht die Opposition) aller Institutionen und Persönlichkeiten, die einer Verarmung des Kulturlebens entgegenwirken und weiteren Schaden verhindern wollen. Seltsamerweise ist eine solche Unterstützung auf dem Höhepunkt der politischen und medialen Debatte um die Rundfunkgebühren ausgeblieben – vermutlich weil die Bandbreite der Leistungen, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch außerhalb des Programms für die Gesellschaft erbringt, den potenziellen Protagonisten nicht präsent war. Damals waren die unausweichlich drohenden Leistungsreduktionen eben noch abstrakt.

Wie auch immer – weder die ARD-Anstalten noch die Gewerkschaften können heute so tun, als befänden sie sich in einem geschützten Raum, der von den gesamtgesellschaftlichen Problemen nicht tangiert wird. Diffuse Schuldzuweisungen an die falsche Adresse und eine leer laufende Argumentation, die im vorliegenden Fall gleichermaßen an fehlender Information und mangelnder Konsistenz leidet, sind deshalb wenig hilfreich. Zudem wird auf diese Weise auch der Blick der Öffentlichkeit auf die tatsächlichen Hintergründe der Problematik verstellt. Mit Unterschriftenlisten etwa lässt sich leider kein Orchester finanzieren.

Es wäre schön, wenn auch die „Deutsche Orchestervereinigung“ erkennen würde, dass sie in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten keineswegs Opponenten vor sich hat, sondern Gleichgesinnte, denen ein reiches und produktives Kulturleben ebenso am Herzen liegt, wie ihr. In diesem Sinne würde es uns allen gut anstehen, wenn sich die Energie der anfangs von mir etwas polemisch monierten Kreisfahrt in eine Vorwärtsbewegung umlenken ließe.